

TOP 0 Formalia

- 1) Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es müssen mindestens 20 Mitglieder anwesend sein, da fünf Fachbereiche zu Beginn der Sitzung ruhen (Germanistik, Kunstgeschichte, Pharmazie, Skandinavistik, Theologie).
- 2) Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2025.
- 3) Anmerkungen zur Tagesordnung.

TOP 1 Berichte

- 1) Vorstandsbericht
- 2) Senatsbericht (berat. Mitglied der VS im Senat: Mattis S.) (*Befassungszeit: 10 Minuten*)
- 3) Vorstellung Konzept Akkreditierung von Hochschulgruppen (*Befassungszeit: 10 Minuten*)
- 4) Systemakkreditierung (*Befassungszeit: 10 Minuten*)

TOP 2 Abstimmungen

- 1) David D. (SWFR-Verwaltungsrat)
- 2) Demonstration zum feministischen Kampftag am 8. März (8. März-Bündnis)
Beantragt sind **1702,85€** aus dem **Gruppenunterstützungsbudget**, in diesem befinden sich noch **9.568,60€ von 12.168,60€** für dieses **Quartal (4. Quartal 24/25)**.

TOP 3 Bewerbungen

- 1) Lea S. (SVB-Gremium) (*Befassungszeit: 5 Minuten*)

TOP 4 Sonstige Anträge

- 1) Umgang mit Brief der israelitischen Gemeinde (*Befassungszeit: 15 Minuten*)
- 2) Rücknahme Definition zu antipalästinensischem Rassismus (*Befassungszeit: 15 Minuten*)
- 3) Umwidmungsantrag 2025 (zentral) - Projekt 'Feminist Horror' (SVB-Gremium) (*Befassungszeit: 15 Minuten*)
- 4) Kompetenzverschiebung der Restmittelvergabe für das SVB-Gremium (SVB-Gremium) (*Befassungszeit: 15 Minuten*)

TOP 5 Recap, Termine und Sonstiges

1) *Ämter in der VS und der Universität*

Eine Liste mit allen zu besetzenden Ämtern findet ihr unter

<https://www.stura.uni-freiburg.de/mitmachen/ausschreibungen>. Bewerbungen sind per Mail an bewerbung@stura.org zu richten, die entsprechenden Formulare gibt es ebenfalls auf der Stura-

Website unter https://www.stura.unifreiburg.de/gremien/studierendenrat/neu_antragsformular_stura

Wir suchen baldmöglichst zwei Mitglieder für den Vorstand, sodass dieser weiterhin gut arbeitsfähig ist. Der jetzige ist mit zwei Mitgliedern nur zur Hälfte besetzt, also bewerbt euch gerne oder spricht Benny und Chris bei Interesse an oder schreibt ihnen an vorstand@stura.org. Dasselbe gilt für das Präsidium, da ich allein bin. Bitte bewerbt euch auch hier oder schreibt uns bei Interesse an (praesidium@stura.org).

Wenn ihr Fragen habt oder euch unsicher seid, ob der Job etwas für euch ist, spricht uns gerne jederzeit einfach an! Wenn wir die obigen Positionen nicht besetzen können, wird die Arbeit in der VS sehr schwierig oder es kommt zu großen Einschränkungen, was gerade im Hinblick auf unseren Einsatz für und die Durchsetzung von studentischen Interessen äußerst problematisch ist.

Verfahren zur Anerkennung von studentischen Hochschulgruppen an der Uni Freiburg

Arbeitsgrundlage, Stand: 05.02.2025

Ziel

Etablierung eines gemeinsamen Verfahrens der Universität Freiburg und der Verfassten Studierendenschaft zur Anerkennung von Hochschulgruppen. Anerkannte Hochschulgruppen sollen leichter Zugang zu Ressourcen bekommen können (Räume, digitale Infrastruktur, ...)

Vergleich zu anderen Universitäten im Land

An fast allen Landesuniversitäten (Ausnahmen: Tü, HD) gibt es solche Verfahren, die meist in der (organisatorischen) Verantwortung der Verfassten Studierendenschaften liegen

Denkbare Privilegien für anerkannte Hochschulgruppen

- Auffindbarkeit und Darstellung: Listung auf den Seiten der VS und der Universität. Bessere Darstellungsmöglichkeit und Auffindbarkeit für interessierte Studierende
- Nutzung IT-Infrastruktur: möglich wäre beispielsweise eine @hochschulgruppe.uni-freiburg.de-Mailadresse und/oder Webspace/Adresse im Domain-Bereich der Uni
- Nutzung Adresse und Post(fach): Erreichbarkeit über Briefpost durch Postfach an der Uni (ggf. über das Postfach eines Instituts oder des StuRa geregelt).
- Zurverfügungstellung von Räumen: Einfachere Genehmigung von Räumen (Zweck/Inhalt der Veranstaltung muss trotzdem geprüft werden)

Kriterien für die Anerkennung von Hochschulgruppen

Die Festlegung der Kriterien ist herausfordernd, denn diese müssen sich immer aus klar festgelegten Regelungen ableiten lassen. Der Ermessensspielraum darf nicht so groß sein, dass es zu eher willkürlichen Entscheidungen kommen kann. Mögliche Dimensionen sind:

- Ausrichtung: Grundsätzlich gilt die Meinungsfreiheit, aber Ausrichtung an den Prinzipien der Verfassung (und ggf. Passung am Leitbild von Uni und StuRa) sind relevante Kriterien.
- Mitglieder: Die Gruppe muss mindestens aus 6 Mitgliedern der Uni Freiburg bestehen und auch insgesamt klaren Bezug zur Uni Freiburg haben.
- Ansprechpersonen: Kontaktpersonen müssen benannt sein
- Satzung: Die Gruppe muss eine Satzung bzw. eine rechtsverbindliche interne Struktur haben, die schriftlich festgehalten ist und in der z.B. die Ziele festgelegt sind

Zuständigkeit und Umsetzung

Grundsätzlich gibt es mehrere Optionen. Vorschlag: Organisation und Durchführung durch den StuRa unter Einbindung der Uni, so dass die Gruppen sowohl von Uni als auch StuRa anerkannt sind.

Jährliche Rückmeldung / Entzug der Anerkennung

HSG müsse sich einmal jährlich „zurückmelden“ um den Status zu behalten. Bei dieser Gelegenheit müssen auch Änderungen (Ansprechpersonen, Satzungsänderungen, ...) mitgeteilt werden. Eine sofortige Aberkennung des Status aus wichtigem(!) Grund ist immer vorzusehen.

Umgang mit aktuell „ideell“ geförderten Gruppen

Aufhebung dieser Kategorie mit Einführung des neuen Verfahrens. Alle Gruppen, die nicht anerkannt werden können (z.B. weil nicht vorrangig studentisch wie etwas Radio Dreieckland oder CSD Freiburg), aber auch Sicht des StuRa für Studierenden wichtig sind, können in ein „Online-Register studentischer Initiativen und studentischen Engagements“ (oder so ähnlich) aufgenommen werden. Diese Gruppen können weiterhin ganz regulär Finanzanträge stellen.

Mögliche konkrete Ausgestaltung eines Anerkennungsverfahrens (idealtypisches Szenario)

- Eine bereits bestehende Studierendengruppe möchte sich vom StuRa (und damit der Uni) anerkennen lassen.
- Anhand einer bereitgestellten Checkliste prüfen die Mitglieder der Studierendengruppe, ob alle Voraussetzungen erfüllt sind.
- Sofern die Gruppe keine Satzung oder ein ähnlich verbindliches Dokument besitzt, das insbesondere die Ziele/Zwecke und die Struktur innerhalb der Gruppe (z.B. Vorstand) definiert, muss eine solche durch die Gruppe beschlossen sowie ein Vorstand gewählt werden.
- Die Satzung sowie weitere in der Checkliste genannten Unterlagen/Informationen werden bei der zuständigen Stelle des StuRa eingereicht.
- Die hierzu beauftragte Person bzw. Personen im StuRa sichten die Unterlagen und führen eine erste formale Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen durch. Fehlende Unterlagen werden ggf. direkt nachgefordert
- Der Antrag wird dem Anerkennungsgremium des StuRa vorgelegt, das in der Regel viermal im Jahr tagt (Januar, April, Juli, Oktober). In diesem sind Mitglied: ein/e Vertreter*in des Vorstands, ein/e Vertreter*in des StuRa-Präsidiums sowie 3 weitere vom StuRa gewählte Personen. Als nicht stimmberechtigte Gäste werden ein Mitglied des Dezernats Recht der Universität sowie der/die Referent*in für Studentische Angelegenheiten der Uni zu den Sitzungen des Anerkennungsgremiums eingeladen. Die Vertreter*innen der Uni erhalten ebenfalls vorab die Anträge der potentiellen Gruppen, so dass potentiell problematische rechtliche Fragestellungen möglichst schon in der Sitzung geklärt werden können.
- Das Anerkennungsgremium entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Anerkennung oder Ablehnung.
- Die Universität prüft anschließend ihrerseits die vom Gremium befürworteten die Anträge und stimmt diesen zu, wenn keine rechtlichen Gründe dagegensprechen. Eine Ablehnung muss begründet werden. Eine erneute Beantragung der Anerkennung der Gruppe ist möglich, wenn die Gründe für die Ablehnung ausgeräumt werden können.
- Das Votum des Gremiums und der Uni sowie relevante Unterlagen (z.B. Satzung o.ä.) werden dem StuRa vorgelegt. Durch Mehrheitsentscheid des Gremiums kann der StuRa das Votum des Anerkennungsgremiums durch die WSSK prüfen lassen. Falls die WSSK feststellt, dass das Votum des Anerkennungsgremiums zu beanstanden ist, wird die Entscheidung zur erneuten Befassung an das Anerkennungsgremium zurückgegeben.
- Im Falle eines endgültig negativen Votums durch die VS oder die Uni werden die Antragsteller*innen über die Ablehnung informiert. Die Ablehnung muss begründet werden.
- Ansonsten gilt die Hochschulgruppe als durch den StuRa und die UFR anerkannte HSG.
- Die Anerkennung gilt unabhängig vom Zeitpunkt der Anerkennung immer bis zum Ende des Wintersemesters (31.3.). Für die Verlängerung der Anerkennung ist dann eine Rückmeldung (s.o.) notwendig. Im Falle des Abschlusses des Anerkennungsverfahrens nach dem 1.1. gilt die Anerkennung abweichend hiervon bis zum 31.3. des Folgejahres (also insg. max. 15 Monate).

Liebe Studierendenvertretung,
lieber StuRa Vorstand, liebe Mitglieder der Senatskommission Studium und Lehre, liebe studentische Senatsmitglieder, liebe studentische Direktoriumsmitglieder,

die Universität Freiburg befindet sich gerade im Verfahren der Systemakkreditierung. Für erste Vorbereitungen haben wir uns schon mit der studentischen Vertretung im Direktorium des internen Akkreditierungsausschusses (Dominik W., Julian W.) ausgetauscht und sehen diese qua Amt als direkte Ansprechpersonen im Prozess. Wir wollen darüber hinaus aber vielfältige Studierendenstimmen einbinden und Euch in diesem Sinne bitten sich am Prozess zu beteiligen. Systemakkreditierungen finden nur ca. alle 8 Jahre statt, aber geben euch demnach jetzt Einflussmöglichkeiten auf die Qualität von Studium und Lehre an der gesamten Universität im Laufe der nächsten 8 Jahre.

Genauere Informationen zu Ablauf und Inhalten wurden in einer Informationsveranstaltung am 28.11.2024 vorgestellt (siehe Anhang).

Begehung mit Studierendengespräch:

Im Rahmen des Verfahrens werden wir von externen Gutachtenden (Professorale, berufspraktische und studentische Vertretung) zweimal begutachtet. Die erste Begehung wird von 08-09.Mai stattfinden, die zweite Anfang 2026, und ein Gespräch mit der Studierendenschaft ist für beide Begehungen geplant. Die Gesprächsrunde mit den Studierenden in der ersten Begehung wird am **08.Mai von 18:00 – 19:00 Uhr** stattfinden. Dabei werdet ihr nach euren Erfahrungen und Einschätzungen zum Qualitätsmanagementsystems (QMS) im Bereich Studium und Lehre befragt werden. Am besten überlegt ihr euch schon jetzt welche Personen teilnehmen sollen – ihr habt dafür ein Vorschlagsrecht. Unsere Empfehlung ist (neben euch) v.a. studentische Vertreter aus Gremien mit Lehr/Lernkontexten (Studienkommissionen, Fachprüfungsausschüsse, Interne Akkreditierungsausschüsse, ...) einzubeziehen. Eine gute Größe für die Gesprächsrunde sind 10 – max. 15 Personen aus möglichst vielen Fakultäten, Studienabschnitten, verschiedenen Gremien und gerne auch deutschsprachige Internationals. Eine vorläufige Teilnahmeliste (mit Namen und Funktion) müssen wir bis **23.März** an die uns begleitende Agentur (ACQUIN) weiterleiten.

Studentische Stellungnahme

Als Grundlage für die Begehung wird es einen sogenannten „Selbstbericht“ geben. Ein Dokument, dass auf knapp 50 Seiten das QMS der Universität Freiburg beschreibt. Der Bericht ist vor allem deskriptiver Natur und ist auch schon den oben genannten Direktoriumsmitgliedern zugegangen, die ihn auf Konsistenz und Richtigkeit prüfen.

Als Studierendenvertretung habt ihr darüber hinaus aber eine wichtige Rolle bzw. Möglichkeit: Ihr dürft eine **studentische Stellungnahme** zum Bericht und euren Einschätzungen zur Wirksamkeit des QMS abgeben. Ganz analog zur Kommentierung des Datenberichts in der internen Akkreditierung der Universität Freiburg. Diese Stellungnahme brauchen wir bis **23.März** und die externen Gutachtenden werden sie als Grundlage für das Gespräch im Mai ansehen.

Wir empfehlen einen Umfang von bis zu 5 Seiten. Umso prägnanter ihr eure Punkte formuliert, desto eher wird der Fokus auf den für euch wichtigen Themen liegen.

Die Stellungnahme sollte formell gesehen von den studentischen Vertretungen im QMS (also Direktorium) im Namen der Studierendenschaft verfasst werden. Wie ihr euch in diesem Prozess organisiert, dürft ihr natürlich selbst entscheiden.

Vertraulichkeit Selbstbericht

Damit ihr einen Überblick zum Bericht und unserem QMS erhaltet, senden wir euch den aktuellen Entwurf des Selbstberichts. Behandelt diesen bitte insoweit vertraulich, dass ihr ihn lediglich im Rahmen des Verfassens der Stellungnahme und in Vorbereitung auf die Begehung (bzw. ab Ende März dann die Endfassung des Berichts) an beteiligte Studierende verbreitet. Also weder als Anhang der StuRa Sitzungen, noch über den StuRa Verteiler an alle Fachschaften schickt.

Gesprächsangebot

Ich würde euch darüber hinaus gerne ein Treffen anbieten, um das Verfahren detailliert zu erklären und etwaige Rückfragen klären zu können.

Meldet euch doch gerne wann ein Treffen, gerne noch im Februar, möglich ist. Für mich sind auch Abendtermine kein Problem. Gerne komme ich auch als Gast zu einer sowieso stattfindenden Sitzung (e.g. AStA).

Rechtlicher Rahmen und Expertise

Wie in der Auftaktveranstaltung erklärt (bzw. aus den Unterlagen dazu ersichtlich) gibt es in der Akkreditierung einen festen Rechtsrahmen (StAkkVO). Da dieser auf den ersten Blick sehr formal und vielleicht unübersichtlich wirkt, nehme ich mir gerne die Zeit euch darüber zu informieren. In Akkreditierungsfragen ist sonst der studentische Akkreditierungspool (Teil des fzs) ein kompetenter Ansprechpartner mit studentischem Fokus auf das Thema. Ihr habt dazu das Glück, dass nicht nur eure studentischen Vertretung im Direktorium Mitglieder im Pool sind, sondern auch, dass die aktuelle Seminarleitung des Pools (Noomi B.) hier in Freiburg studiert und auch Interesse hat am Prozess mitzuwirken - Ich habe sie daher auch direkt in die Rundmail aufgenommen.



Bewerbung bei der Studierendenvertretung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Name

Bewerbung auf
Studiengang

Bitte beantworte die folgenden Fragen mit jeweils max. 400 Zeichen. Gerne kannst du auch nur Stichworte nennen.

Was motiviert dich zu deiner Bewerbung?

Welche Erfahrungen bringst du zu deiner Bewerbung mit?

Was möchtest du im Rahmen deiner Arbeit erreichen?

Wirst du dich an das "imperative Mandat"¹ halten? Wie möchtest du dich mit dem Studierendenrat bzw. der Studierendenschaft im Allgemeinen rückbinden?

Dir steht es frei, deine Bewerbung um weitere Dokumente zu ergänzen. Sei dir bitte bewusst, dass diese zusammen mit dieser Bewerbung auf unserer Website veröffentlicht und dem StuRa vorgelegt werden.

V1.0-20200715

¹Personen, die vom Studierendenrat für Ämter und Posten ernannt werden, sind dazu angewiesen, die vom StuRa formulierten Positionen im Rahmen ihrer Aktivitäten umzusetzen. Personen, die sich für die Service-Stellen im Sekretariat oder Beratungsstellen bewerben, brauchen natürlich nicht näher auf die „Mandatsfrage“ eingehen.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

Titel:

Antragssteller*in:

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Begründung:

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.



ISRAELITISCHE GEMEINDE FREIBURG K.D.Ö.R.
Nussmannstr. 14 79098 Freiburg i. Br.

Tel: 0761 / 556 5296 - 0
Fax: 0761 / 556 5296 - 90
email: info@jg-fr.de
www.jg-fr.de

An

**Vorstand der Studierendenschaft (AstA)
Verfasste Studierendenschaft der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

Studierendenhaus
Belfortstraße 24
79098 Freiburg

10.01.2024

**Einräumung der Möglichkeit einer zeitnahen Stellungnahme zur antisemitischen Stimmung
und Beschlusslage innerhalb der Organe (und des Umfelds) der Verfassten
Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit äußerst großer Sorge und Bestürzung haben wir im Lauf des Jahres 2024 Berichte aus den Organen der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Kenntnis genommen. Die Bandbreite reicht von der Einräumung einer öffentlichen Plattform für un widersprochene antisemitische Stimmungsmache durch einzelne Personen oder antisemitische Gruppen, wie Students for Palestine, die – ausweislich ihrer Social-Media-Aktivitäten – das größte antisemitische Einzelmassaker seit dem Holocaust als Widerstandsakt verherrlichen und schon gemäß Ihrer Protokolle einen beträchtlichen Raum in den Sitzungen des Studierendenrates einnehmen, über Ausgrenzung von antisemitismuskritisch engagierten Personen und/oder Gruppen sowie von jüdischen Studierenden und ihren Organisationen bis hin zu offenen Drohungen. Letztere führten bereits zu Ermittlungsverfahren und im Sommer 2024 zur Notwendigkeit der kurzfristigen Verlegung einer antisemitismuskritischen Veranstaltung von den Räumen der Universität in die Räume unseres Gemeindezentrums – ein trauriger Höhepunkt des vergangenen Jahres. Ein anderer dieser traurigen Höhepunkte war (noch davor) der Beschluss des Studierendenrates vom 28.05.2024, der die Annahme des Antrags der antisemitischen Gruppierung Students for Palestine unter dem Titel „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ zum Gegenstand hatte.

Abgesehen von der eklatanten Verfälschung historischer und juristischer Fakten und der zumindest unreflektierten Verwendung propagandistischer Begriffe – auch aus offenkundig vernichtungs-antisemitischen ideologischen Zusammenhängen – beinhaltet der durch den Studierendenrat angenommene Text dieser sog. „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ spätestens unter

Ziffer 4 eine Formulierung, die nicht anders zu verstehen ist, als die offene Äußerung der Absicht der Delegitimierung des Staates Israel.

Nach jahrhundertelanger Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung – sowohl in christlich als auch in muslimisch geprägten Gesellschaften – die im Holocaust, also der industriell-bürokratischen Vernichtung von 6 Millionen Juden, gipfelte, darin aber leider nicht ihr Ende fand, ist jeder sogenannte „Antizionismus“ – also die Ablehnung der Existenzberechtigung des einzigen Staates der Welt, der kein ausschließliches, aber ein ausdrückliches und bedingungsloses Schutzversprechen gegenüber allen Juden weltweit abgibt und stets gewährleistet, dass diese der eigenen Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung nie wieder wehrlos gegenüberstehen, – zumindest im objektiven Tatbestand eindeutig und ohne jeden Zweifel antisemitisch. Die Menschheitsgeschichte macht diese Feststellung – die so auch durchweg dem gegenwärtigen Stand der Antisemitismusforschung entspricht – zum Axiom. Und auch wenn Axiome keines weiteren Beweises bedürfen, sei der Hinweis darauf gestattet, was bei realitätsnaher Betrachtung mit Juden – etwa im Nahen Osten – passiert, sollte Israel verschwinden. Allerspätstens nach dem 07.10.2023 kann daran – gesunden Menschenverstand vorausgesetzt – auch nicht der aller geringste Zweifel verbleiben. Dementsprechend gehört „das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung“ zu den aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus gemäß der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die von nahezu allen jüdischen Organisationen und zahlreichen Staaten anerkannt und übernommen wurde. Zu diesen Staaten gehört nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland durch Beschlüsse der Bundesregierung vom 20.09.2017 und des Bundestages vom 17.05.2019 und zuletzt auch vom 07.11.2024. Darin wurden vorherige Beschlüsse bekräftigt und die Bundesregierung aufgefordert, sich gegenüber den Ländern und Kommunen dafür einzusetzen, dass sie entsprechende Regelungen implementieren und, sofern noch nicht geschehen, die IHRA-Antisemitismusdefinition als maßgeblich heranziehen. Die Beauftragten des Bundes und der Länder für den Kampf gegen Antisemitismus sowie die Melde- und Beratungsstellen für Opfer von Antisemitismus und der Zentralrat der Juden in Deutschland K.d.ö.R. tun dies bereits.

Uns ist auch bekannt, dass die von Ihnen beschlossene „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ bereits für den Versuch benutzt wurde, antisemitismuskritische Tätigkeit – an der auch jüdische Studierende beteiligt sind – zu unterbinden und auszugrenzen (hierfür verweisen wir etwa auf den Antrag Ihres „Referats gegen Rassismus“ unter dem Titel „Antrag auf Entfernung von rassistischen Veröffentlichungen“ zur Sitzung des Studierendenrats vom 16.07.2024).

Als Jüdische Gemeinde Freiburg und Körperschaft des öffentlichen Rechts haben wir neben dem kulturellen auch einen klar definierten Schutzauftrag gegenüber unseren Mitgliedern. Dazu gehören auch jüdische Studierende. Entsprechend können wir Antisemitismus an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, zumal in und von Einrichtungen der Universität, nicht tolerieren. Wir sind

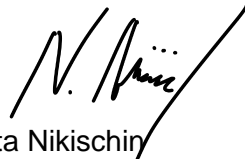
vielmehr verpflichtet, darauf zu reagieren. Gleichwohl haben wir in Absprache mit betroffenen jüdischen und antisemitismuskritisch engagierten Studierenden abgewartet, ob die Strukturen der Verfassten Studierendenschaft K.d.ö.R. und/oder die Leitungsgremien der Universität aus unserer Sicht hinreichend und angemessen auf die beschriebenen Vorgänge reagieren. Dies ist aus unserer Sicht – bedauerlicherweise – ausgeblieben.

Wir räumen Ihnen hiermit die Möglichkeit einer zeitnahen Stellungnahme uns gegenüber zu den beschriebenen Vorgängen im vergangenen Kalenderjahr ein. Zeitnah bedeutet: Innerhalb der nächsten zwei Kalenderwochen. Auf der Grundlage einer umgehenden Rücknahme Ihres Beschlusses vom 28.05.2024 über die Annahme der „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ wären wir auch bereit zu einem klärenden Gespräch. Sämtliche rechtlich zulässigen und erheblichen Schritte behalten wir uns vor und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Irina Katz
Vorsitzende der
Israelitischen Gemeinde Freiburg K. d. ö. R.



Nikita Nikischin
Beauftragter für Sicherheit,
Recht und Kommunikation
Israelitische Gemeinde Freiburg K. d. ö. R.

27.01.2025

Offener Brief der Israelitischen Gemeinde Freiburg K.d.ö.R. an die Leitung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg sowie die Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg und der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Sehr geehrte Frau Rektorin Prof. Dr. Krieglstein,
sehr geehrte Frau Ministerin Olschowski,
sehr geehrter Herr Dr. Blume,
sehr geehrter Herr Dr. Klein,

die Kommunikation über offene Briefe gehört bei uns gewiss nicht zum üblichen Prozedere, gar zum „guten Ton“ oder auch nur den üblichen Umgangsformen. Die untragbare Lage an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg – insbesondere für jüdische Studierende und darüber hinaus jene, die sich gegen Antisemitismus engagieren – lässt uns indes zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine andere – uns gleichermaßen effektiv erscheinende – Handlungsoption.

Mit äußerst großer Sorge und Bestürzung haben wir im Lauf des Jahres 2024 Berichte aus den Organen der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zur Kenntnis genommen. Die Bandbreite reicht von der Einräumung einer öffentlichen Plattform für unwidersprochene antisemitische Stimmungsmache durch einzelne Personen und/oder antisemitische Gruppen, wie Students for Palestine, die – ausweislich ihrer Social-Media-Aktivitäten – das größte antisemitische Einzelmassaker seit dem Holocaust als Widerstandsakt verherrlichen, strafbare Holocaustverharmlosung betreiben, wogegen entsprechende Ermittlungsverfahren bereits eingeleitet wurden, und schon gemäß der veröffentlichten Protokolle des Studierendenrates einen beträchtlichen Raum in den Sitzungen des Studierendenrates eingenommen haben, über Ausgrenzung von antisemitismuskritisch engagierten Personen und/oder Gruppen sowie von

jüdischen Studierenden und ihren Organisationen bis hin zu offenen Drohungen. Letztere führten ebenfalls bereits zu Ermittlungsverfahren und im Sommer 2024 zur Notwendigkeit der kurzfristigen Verlegung einer antisemitismuskritischen wissenschaftlichen Veranstaltung von den Räumen der Universität in die Räume unseres Gemeindezentrums – ein trauriger Höhepunkt des vergangenen Jahres. Ein anderer dieser traurigen Höhepunkte war (noch davor) der Beschluss des Studierendenrates vom 28.05.2024, der die Annahme des Antrags der antisemitischen Gruppierung Students for Palestine unter dem Titel „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ zum Gegenstand hatte. Abgesehen von der eklatanten Verfälschung historischer und juristischer Fakten und der zumindest unreflektierten Verwendung propagandistischer Begriffe – auch aus offenkundig vernichtungs-antisemitischen ideologischen Zusammenhängen – beinhaltet der durch den Studierendenrat angenommene Text dieser sog. „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ spätestens unter Ziffer 4 eine Formulierung, die nicht anders zu verstehen ist, als die offene Äußerung der Absicht der Delegitimierung des Staates Israel.

Nach jahrhundertelanger Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung – sowohl in christlich als auch in muslimisch geprägten Gesellschaften – die im Holocaust, also der industriell-bürokratischen Vernichtung von 6 Millionen Juden, gipfelte, darin aber leider nicht ihr Ende fand, ist jeder sogenannte „Antizionismus“ – also die Ablehnung der Existenzberechtigung des einzigen Staates der Welt, der kein ausschließliches, aber ein ausdrückliches und bedingungsloses Schutzversprechen gegenüber allen Juden weltweit abgibt und stets gewährleistet, dass diese der eigenen Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung nie wieder wehrlos gegenüberstehen, – zumindest im objektiven Tatbestand eindeutig und ohne jeden Zweifel antisemitisch. Die Menschheitsgeschichte macht diese Feststellung – die so auch durchweg dem gegenwärtigen Stand der Antisemitismusforschung entspricht – zum Axiom. Und auch wenn Axiome keines weiteren Beweises bedürfen, sei der Hinweis darauf gestattet, was bei realitätsnaher Betrachtung mit Juden – etwa im Nahen Osten – passiert, sollte Israel verschwinden. Allerspätestens nach dem 07.10.2023 kann daran – gesunden Menschenverstand vorausgesetzt – auch nicht der aller geringste Zweifel verbleiben. Dementsprechend gehört „das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung“ zu den aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus gemäß der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die von nahezu allen jüdischen Organisationen und zahlreichen Staaten anerkannt und übernommen wurde. Zu diesen Staaten gehört nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland durch Beschlüsse der Bundesregierung vom 20.09.2017 und des Bundestages vom 17.05.2019 und zuletzt auch vom 07.11.2024. Darin wurden vorherige Beschlüsse bekräftigt und die Bundesregierung aufgefordert, sich gegenüber den Ländern und Kommunen dafür einzusetzen, dass sie entsprechende Regelungen implementieren und, sofern noch nicht geschehen, die IHRA-Antisemitismusdefinition als maßgeblich heranziehen. Die Beauftragten des Bundes und der Länder für den Kampf gegen Antisemitismus sowie die Melde- und Beratungsstellen für Opfer von Antisemitismus und der Zentralrat der Juden in Deutschland K.d.ö.R. tun dies bereits.

Uns ist auch nicht entgangen, dass die vom Studierendenrat beschlossene antisemitische „Definition von anti-palästinensischem Rassismus“ bereits für den Versuch benutzt wurde, antisemitismuskritische Tätigkeit – an der auch jüdische Studierende beteiligt waren – zu unterbinden und

auszugrenzen (hierfür verweisen wir etwa auf den Antrag des „Referats gegen Rassismus“ unter dem Titel „Antrag auf Entfernung von rassistischen Veröffentlichungen“ zur Sitzung des Studierendenrats vom 16.07.2024).

Als Jüdische Gemeinde Freiburg und Körperschaft des öffentlichen Rechts haben wir neben dem kulturellen auch einen klar definierten Schutzauftrag gegenüber unseren Mitgliedern. Dazu gehören auch jüdische Studierende. Entsprechend können wir Antisemitismus an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, zumal in und von Einrichtungen der Universität, nicht tolerieren. Wir sind vielmehr verpflichtet, darauf zu reagieren. Gleichwohl haben wir in Absprache mit betroffenen jüdischen und antisemitismuskritisch engagierten Studierenden abgewartet, ob die Strukturen der Verfassten Studierendenschaft K.d.ö.R. und/oder die Leitungsgremien der Universität aus unserer Sicht hinreichend und angemessen auf die beschriebenen Vorgänge reagieren. Dies ist aus unserer Sicht – bedauerlicherweise – ausgeblieben. Wir haben daraufhin dem vertretungsberechtigten Vorstand der Verfassten Studierendenschaft mit Einwurfeinschreiben vom 10.01.2025 – das am 11.01.2025 per Post rausging – die Möglichkeit eingeräumt, zu den dargestellten Sachverhalten Stellung zu nehmen. Die Organe der Studierendenschaft sahen sich dazu bislang nicht imstande.

Im „Informationsschreiben“ des Rektorats der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zum Umgang mit dem Israel-Palästina-Konflikt hieß es bereits Ende Juli 2024: „Die Universität Freiburg duldet keine Ausgrenzung oder gar Bedrohung ihrer Studierenden und Beschäftigten, und dagegen gehen wir mit allen Mitteln vor, die uns zur Verfügung stehen.“ In einer weiteren Mitteilung im Herbst, bei der es um Veranstaltungen zum Nahostkonflikt ging, hielt das Rektorat fest: „Alle Veranstaltungen von Studierenden, die über die Verfasste Studierendenschaft bei der Universität Freiburg angemeldet werden, müssen die gesetzlichen Vorgaben gemäß § 65 Landeshochschulgesetz für Baden-Württemberg erfüllen. Das heißt etwa, dass sie die politische Neutralität der Verfassten Studierendenschaft wahren müssen.“ Was für Veranstaltungen der Verfassten Studierendenschaft gilt, muss erst recht für politische Grundsatzbeschlüsse ihrer Organe gelten; zumal, wenn aus Ihnen Folgen abgeleitet werden, die die Studierenden unmittelbar betreffen. Die politische Neutralität ist spätestens dann verletzt, wenn Studierende aufgrund der Beschlüsse des Studierendenrates dafür ausgegrenzt werden, dass sie eine legitime politische Position vertreten. Zumal, wenn es sich dabei um eine Position handelt, die Teil der – immer wieder durch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in ihrer historischen Verantwortung betonten – deutschen „Staatsraison“ ist. Für jüdische Studierende und Jüdinnen und Juden generell ist das Bestehen auf der Existenzberechtigung des Staates Israel – ihrer einzigen Lebensversicherung – unverrückbarer Teil ihrer Identität; dieser Tage auch immer wieder bekräftigt durch die Generation der Holocaustüberlebenden, die auch Teil unserer Gemeinde sind. Der Beschluss des Studierendenrates vom 28.05.2024, der das Bestehen auf und die Forderung nach Anerkennung der Existenzberechtigung des Staates Israel als rassistisch verurteilt, verletzt mithin in eklatanter Weise die gesetzlich vorgegebene politische Neutralität. Angesichts des bisherigen monatelangen, ja bald zwei Semester fortdauernden Schweigens des Rektorats zu diesem Beschluss müssen wir mithin mit großem Bedauern feststellen, dass die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hier bisher ihrem eigenen Anspruch und auch ihren gesetzlichen Vorgaben nicht nachgekommen ist.

Vor einem Jahr – am Tag der Befreiung von Auschwitz und internationalen Holocaustgedenkttag – erklärten wir in einer öffentlichen Stellungnahme vor dem Hintergrund des explosionsartigen Anstiegs antisemitischer Straftaten im letzten Quartal 2023 infolge des größten antisemitischen Einzelmassakers seit dem Holocaust, dass Gedenkarbeit nicht in wohlfeilen Sonntagsreden bestehen könne, sondern auch praktische Konsequenzen nach sich ziehen müsse. In jener Erklärung unterstrichen wir deutlich – auch und insbesondere in Verantwortung gegenüber Mitgliedern unserer Gemeinde, die den Holocaust überlebten: „Wer Antisemiten – wie jenen von „Palästina spricht“ – ein Podium ohne Widerspruch bietet und mit ihnen marschiert, ist kein Freund der Jüdischen Gemeinschaft und für die Israelitische Gemeinde Freiburg K.d.ö.R. damit auch kein Partner (mehr) in der Gedenkarbeit.“ Die betraf zuvorderst den Freiburger Kreisverband der Partei „Die Linke“ sowie Einzelpersonen aus diversen Vereinen. Dass wir nun ein Jahr später zum 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz vor der Situation stehen, dass öffentlich-rechtliche Institutionen und Körperschaften, wie die Verfasste Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, über Monate hinweg Antisemiten ein Podium geboten und darüber hinaus noch deren antisemitische Anträge angenommen haben und die Universität dem – jedenfalls in Teilen – offensichtlich keinen hinreichenden Einhalt geboten hat, ist auf vielen Ebenen und zutiefst alarmierend.

In unserer Schutzverantwortung als Jüdische Gemeinde gegenüber jüdischen Studierenden in Freiburg bitten wir Sie hiermit dringend, diesen untragbaren Zustand an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg umgehend zu beheben bzw. in aller Entschlossenheit darauf hinzuwirken. Einstweilen werden wir sämtliche juristischen Schritte von unmittelbar betroffenen Studierenden der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gegen die genannten Beschlüsse der Verfassten Studierendenschaft K.d.ö.R. und ihrer Organe umfassend und in jeder Hinsicht unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Irina Katz
Vorsitzende der
Israelitischen Gemeinde Freiburg K. d. ö. R.



Nikita Nikischin
Beauftragter für Sicherheit,
Recht und Kommunikation
Israelitische Gemeinde Freiburg K. d. ö. R.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

Titel:

Antragssteller*in:

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Begründung:

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

11.02.25

Titel:

Umwidmungsantrag Projektwettbewerb SVB 2025

Antragssteller*in:

SVB-Gremium

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
den angehängten Umwidmungsantrag zu genehmigen.

Begründung:

Das SVB-Gremium hat den Umwidmungsantrag überprüft. Die Änderungen erfüllen alle Vorgaben, daher haben wir den Umwidmungsantrag für unproblematisch befunden.

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").
Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

Titel:

Antragssteller*in:

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Begründung:

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.